

Ulrich Brand/Markus Wissen

Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven

oekom Verlag, München 2024

304 Seiten, 24,00 (E-Pub/PDF 18,99)

ISBN: 978-3-98726-065-0

Die Zahl der Bücher, die sehr grundsätzlich argumentieren, dass innerhalb des Kapitalismus die Einhaltung planetarer Grenzen, ja sogar bloßer halbwegs nachhaltiger Klimaschutz grundsätzlich unmöglich sind, wächst fast wöchentlich. Erwartungsgemäß hat das keinen Einfluss auf reales politisches Gestalten, aber leider auch nur wenig auf die Haltung der meisten Mitmenschen. Die betonen zwar in großer Mehrheit, dass ihnen Klimaschutz wichtig sei, wehren sich aber in noch größeren Mehrheiten gegen jede konkrete Veränderung, handele es sich um Heizungsgesetze, ökologische Auflagen für die Lebensmittelproduktion oder Einschränkungen für das Bauen von Einfamilienhäusern im Grünen. Und auch weder die Autos auf den Straßen noch die Flugzeuge in der Luft werden weniger.

Der Ansatz von Ulrich Brand und Markus Wissen, hier auf eine von ihnen so genannte „imperiale Lebensweise“ zu verweisen, hat so gesehen eine bestechende Plausibilität. Dennoch würde eine naive Rezeption, die nun die Verantwortung bei den Einzelnen suchte, auf eine falsche Spur führen. Schon in ihrem 2017 erschienen Buch mit eben diesem Titel hatten sie keine individualistische Position vertreten und in der aktuellen Publikation schärfen sie ihre strukturelle Argumentation nochmals deutlich. Wie damals definieren sie „imperiale Lebensweise“ als „Produktions- und Konsummuster ... , die den tendenziell unbegrenzten Zugriff auf Natur und Arbeitskraft in einem globalen Maßstab voraussetzen“ (S. 37). Sie begreifen „Imperialismus vor allem als Gewalt- und geopolitisches Konkurrenzverhältnis“ das „auch deshalb funktioniert, weil die ihm innewohnende Gewalt in unzähligen Akten des Produzierens und Konsumierens zum Verschwinden gebracht und gleichsam normalisiert wird. ... Die Notwendigkeit, die eigene Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen und sich dabei oft in der Produktion sozial-ökologisch problematischer Waren verdingen zu müssen, oder die Infrastrukturen einer autozentrierten Mobilität oder eines agrarindustriellen Ernährungssystems lassen vielen kaum eine andere Wahl als die Partizipation an der imperialen Lebensweise.“ (S. 40f)

Es gibt also keinen Grund für eine Kritik in die Richtung, dass der Blick der Autoren auf die Strukturen des Systems und die daraus resultierenden Zwänge unterbelichtet wäre. Auch der immer wieder, teilweise auch von mir, geäußerte Einwand, dass soziale Ungleichheit stärker innerhalb der Länder als zwischen ihnen differiert, zieht nur bedingt, weil die Autoren schon sehr deutlich und wiederholt darauf hinweisen, dass die Gesellschaften weltweit auch und gerade nach innen gespalten sind. Dennoch reden Brand und Wissen ziemlich unbefangen von „den Ländern des globalen Nordens“ oder halt denen des „globalen Südens“. Aus ihrer Aktivistenzeit kennen sie sehr wohl den Hintergrund, warum die Linke sich dieser Begriffe zu bedienen begann, nämlich um auf die Gemeinsamkeiten der Unterdrückung durch die globalen Klassenverhältnisse aufmerksam zu machen. Der „globale Süden“ war also ursprünglich ausdrücklich keine geografische Kategorie, in ihm konnte es keine „Länder“ geben, sehr wohl aber Territorien. Von denen lagen die meisten im geografischen Süden, aber einige auch in Pirmasens, Paris oder Detroit, ebenso wie umgekehrt der größere Teil des „globalen Nordens“ sich in den früh industrialisierten Ländern befand, einiges aber auch in Rio, Kapstadt oder Mumbai.

Darauf beziehen sich Brand und Wissen mit der Aussage, dass diese Begriffe für sie „nicht nur internationale beziehungsweise territoriale Kategorien“ sind, sondern auch „innergesellschaftliche Ausprägungen“ haben. „Insofern gehen wir nicht vereinfachend vom sozial-räumlich integrierten globalen Norden und dem in der Funktion von Extraktion und Überausbeutung gehaltenen globalen

Süden aus. Aber wir betonen, dass sich die sozial-räumlichen Ungleichheiten im Norden von denen im Süden insofern unterscheiden, als sie wohlfahrtsstaatlich und infrastrukturell in weitaus stärkerem Maße abgefedert werden. Sie sind in – durchaus brüchige und in jüngerer Zeit erodierende – soziale Kompromisse eingebettet, die ebenso das Resultat vergangener Klassenkämpfe sind, wie sie sich der dominanten Position der früh industrialisierten Länder in der geopolitischen Konkurrenz verdanken, sprich: dem Imperialismus.“ (S. 51f)

Diese begriffliche Unklarheit – „früh industrialisierte Länder“ sind etwas anderes als der „globale Norden“ und der nochmal etwas anderes als die klassengespaltenen Gesellschaften der früher „Erste Welt“ genannten Länder – durchzieht das ganze Buch und schafft Anlässe zu Missverständnissen (auf solche weisen die Autoren in Anmerkungen innerhalb des obigen Zitats selbst hin), die durch die Vermeidung des inzwischen inhaltslos gewordenen Modebegriffs „globaler Süden/Norden“ hätten vermieden werden können. Das tut der inhaltlichen Argumentation im Buch allerdings keinen Abbruch und deren Linie bleibt klar: Der Kapitalismus kann nicht funktionieren, ohne dass er sich immer wieder Elemente eines nichtkapitalistischen „Außen“ aneignet. Dieses Außen konnten in der klassischen Phase Kolonien sein, darauf hatte Rosa Luxemburg insistiert, aber es darf nicht nur territorial verstanden werden: „Es ist die Existenz eines Außen im globalen Norden und im globalen Süden, das in Gestalt billiger Ressourcen und Senken, kolonialisierter und rassifizierter Arbeitskraft sowie unbezahlter Reproduktionsarbeit die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die relative Mehrwertproduktion und die Bearbeitung des Klassenkonflikts in den kapitalistischen Zentren ermöglicht.“ (S. 81)

Auch die Kritik an reformistischen Klimaschutzbemühungen oder „grünen“ Einhegungsversuchen des Kapitalismus ist ebenso inhaltlich deutlich wie in der Form abwägend und genau auf die Einzelheiten achtend. Trotz unbedingt antikapitalistischer Positionsbestimmung werden keine Bündnismöglichkeiten mit anderen Ansätzen verstellt. Das gilt freilich nicht für dominante Regierungspolitik. Die zielt, muss zielen auf die Aufrechterhaltung der Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus und das heißt auf die Aneignung eines Außen, „das politisch zunehmend umkämpft ist und in seiner Ressourcen- und Senkenfunktion ökologisch an seine Grenze gerät“. In solchen Zeiten „zeigt sich das gewaltförmige Gesicht des Kapitalismus immer ungeschminkt. Getrieben von rechten Kräften, gebärden sich nun auch die (früheren) Repräsentant*innen der liberalen Demokratie autoritär und repressiv. Nur so scheint sich die imperiale Produktions- und Lebensweise noch stabilisieren zu lassen: indem sie sich die sozialen und ökologischen Kosten, die sie selbst produziert und lange Zeit erfolgreich externalisiert hat, durch Repression und Ausbau der Grenzen zwischen einem zu schützenden Innen und einem immer bedrohlicheren Außen vom Leibe hält.“

Bei der Radikalität der Analyse und der Klarheit des politischen Standpunktes ist der rasche Erfolg des Buches vielleicht ein wenig überraschend, aber ihm allemal zu wünschen. Und dass Uli Brand und Markus Wissen sich in vielen Veranstaltungen der Diskussion stellen, kann vielleicht dazu beitragen, dass die eingangs beklagte häufige Folgenlosigkeit positiver Einstellungen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit aufgebrochen und zum praktischen Engagement weiterentwickelt wird. Denn das ist es, das die Autoren in ihrem Kapitel über solidarische Perspektiven vor allem zugleich begrüßen und einfordern.